

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,
Dennis Thering, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

Betr.: Studierendengesundheit an Hamburgs Universitäten und Hochschulen fördern

Die Techniker Krankenkasse (TK) hat in ihrem TK-Gesundheitsreport 2023 erschreckende Zahlen zur psychischen und physischen Gesundheit Studierender veröffentlicht. Die Schriftlichen Kleine Anfragen der CDU-Fraktion (Drs. 22/12550 und Drs. 22/12619) widmeten sich Fragen zur Unterstützung der psychischen Gesundheit Studierender an den Hamburger Universitäten und Hochschulen. Die Antworten zeigen eher das Bild eines Sammelsuriums an Maßnahmen und weniger eine stringente Strategie zur Förderung der Studierendengesundheit. Und dies, obwohl die Möglichkeit bestünde, viel früher anzusetzen. Denn Prävention und Gesundheitsförderung sind immens wichtig und können Krankheiten vorbeugen.

Andere Universitäten und Hochschulen machen es vor. Sie fördern gezielt die Studierendengesundheit, wie zum Beispiel die Universität zu Lübeck. Dort läuft seit dem Jahr 2011 eine Längsschnittuntersuchung zur Studierendengesundheit (<https://www.lust.uni-luebeck.de/forschungsprojekte/luebeck-university-students-trial-lust>). Darüber hinaus hat sich die Universität zu Lübeck dem Ziel der gesunden Hochschule verschrieben. So heißt es „im neuen Leitbild der Universität zu Lübeck, dass der Mensch mit seinen individuellen Bedürfnissen und seiner selbstbestimmten Verantwortung für die eigene Gesundheit im Mittelpunkt steht. Gesundheitsmanagement an der Universität zu Lübeck bedeutet daher, dass es über alle Mitgliedergruppen hinweg als eine Querschnittsaufgabe mit dem Ziel verstanden wird, optimale Rahmenbedingungen für einen selbstverantwortlichen Umgang mit der eigenen Gesundheit zu schaffen“ (<https://www.uni-luebeck.de/universitaet/qualitaets-und-organisationsentwicklung/organisationsentwicklung/gesunde-hochschule/aufgaben-und-ziele.html>). Ein entsprechendes Programm wurde entwickelt (<https://www.lust.uni-luebeck.de/lehr-angebote>). Auch für die Hamburger Studierenden wäre solch eine Prioritätensetzung wünschenswert. Der rot-grüne Senat sollte daher die Hamburger Universitäten und Hochschulen gezielter und vor allem stärker bei der Förderung der Studierendengesundheit unterstützen. Alle Krankenkassen verfügen über ein Budget für Präventionsmaßnahmen zur physischen und psychischen Gesundheit. Die CDU-Fraktion fordert den Senat auf, gemeinsam mit den Universitäten und Hochschulen zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Mittel aus dem Präventionsbudget der Krankenkassen für die Gesundheitsförderung der Hamburger Studierenden einzusetzen, um die Studierenden besser zu unterstützen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. gemeinsam mit den Universitäten und Hochschulen zu prüfen, wie Mittel aus dem Präventionsbudget der Krankenkassen für die Gesundheitsförderung der Hamburger Studierenden verwendet werden können;

Drucksache 22/14099 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 22. Wahlperiode

2. nach erfolgreicher Prüfung die Universitäten und Hochschulen bei der Verwendung des Präventionsbudgets der Krankenkassen zur Förderung der Studierenden-gesundheit zu unterstützen;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2024 zu berichten.